

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

15.7.1924 (No. 163)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. A. Mend, Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Abdruckpreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abdruck, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Abdruck in dem Anzeiger, bei dem Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung veräußert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Zur bevorstehenden Londoner Konferenz

Die große Unterhausdebatte
Am Montag begann im englischen Unterhaus die große Debatte über die englische Außenpolitik.
Die Aussprache hat bisher noch keine völlige Klarheit über die Politik der englischen Regierung auf der Londoner Konferenz gebracht. Auf die Fragen Asquiths und Baldwin, die zum Teil freilich rhetorisch gemeint gewesen sein können, gab Macdonald keine klare Auskunft. So vermied er beispielsweise jede Äußerung über die Räumung des Ruhrgebiets, wonach Asquith fragte. Baldwin, Taktik zwang Macdonald, Anschließung bei den Liberalen zu suchen obwohl seine Pariser Konzeptionen an sich ihn mehr auf die konservative Seite drängten. Es ist bekannt, daß die Liberalen großen Wert legen auf die Umbildung der Reparationskommission, sowie die Räumung des Ruhrgebiets und die Lösung des Sicherheitsproblems durch den Völkerbund, wobei Deutschland ebenso geschützt werden soll wie Frankreich, sowie auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, wobei Asquith für Deutschland auch einen Sitz im Council vorschlug. Die konservative Meinung welche Chamberlain noch deutlicher als Baldwin präzisierete, ist noch immer beunruhigt, weil der Dawes-Bericht Deutschland große Vorteile bringe, die Sieger den Besiegten im allgemeinen nicht einzuräumen pflegen, nämlich eine Anleihe, welche den deutschen Konsumvermögen wieder auf die Beine bringe. Die Konservativen fordern deshalb eine gleich hohe Steuerlast für die deutsche Industrie. Chamberlain befürchtet überdies, daß Macdonald hinter den Kulissen Frankreich Zugeständnisse in der Schuldenfrage zu machen im Begriffe sei.

Zunächst begrüßte Asquith Macdonald, daß die Konferenz in dieser Woche in London stattfinden werde. Es sei dies an sich ein Meilenstein auf dem Wege des Fortschritts in der Richtung auf das Ziel der internationalen Regelung. Die Konferenz sei von guten Wünschen aller Parteien des Hauses, im Lande und im ganzen Reich begleitet. Der veröffentlichte Briefwechsel habe gezeigt, daß zwei Dinge von Seiten der britischen Regierung deutlich erklärt oder angedeutet worden seien, nämlich erstens, daß der Dawes-Bericht über den Versailler Vertrag hinausgehe, zweitens, daß es Aufgabe der Zukunft sei, zu erklären, ob ein offener und freier Verkehr stattdessen, welcher einer anderen Autorität als der der Reparationskommission anvertraut werden müsse. Die Verträge mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten, die den Versailler Vertrag begleiten sollten, seien verschunden, und sie würden auf keinen Fall in dieser Gestalt wieder aufliegen. Frankreich habe nichts übrig behalten, was ihm eine Kompensation für seine Verluste und Leiden im Kriege biete oder seine Sicherheit verbürge, als den Versailler Vertrag und die einzige vom Vertrag gegebene Vorkaufsrechte der Reparationskommission, in der Frankreich eine dauernde Mehrheit habe. Dadurch, daß Macdonald im Prinzip die französische Behauptung, daß der Dawes-Bericht nicht als eine Entfesselung, sondern als eine Erweiterung der Grundzüge des Versailler Vertrages betrachtet werden sollte, anerkannt hat, beginne die Konferenz in einer klareren und freundschaftlicheren Atmosphäre als vor einer Woche erwartet werden konnte. Es beständen jedoch zwei Punkte von großer Bedeutung: Die Räumung des besetzten Gebietes und die Sicherheitsfrage. 1. Müßte jede Versicherung Frankreichs nicht als eine separate Garantie, sondern als ein Teil einer allgemeinen Verpflichtung Großbritanniens auf Grund der Völkerbundsabstufungen gegeben werden. 2. Müßte Frankreich die angebotene Sicherheit unter den gleichen Bedingungen wie Deutschland angeboten werden. 3. Müßte, damit dies möglich sei, Deutschland im Völkerbund aufgenommen werden und einen Sitz im Völkerbundsrat erhalten. Das britische Reich müßte sich außerdem verpflichten, Frankreich und Deutschland den Gebrauch seiner Macht gegen jeden von beiden Staaten zu garantieren, der dem anderen einen Streit aufzuzwingt, ohne die Maschinen des Völkerbundes in Gang zu setzen, und zwar müßte dieses Kollektivorgan für alle im Völkerbund vertretenen Parteien gelten. Dies sei die einzig wirksame und praktische Gestalt, die irgend eine Sicherheitsgarantie gewährleisten würde.
Baldwin, der nach Asquith sprach, gab zunächst seiner Zustimmung zu dessen Darlegungen Ausdruck. Bei dem englisch-französischen Gegensatz könne kein Fortschritt gemacht werden. Seiner Ansicht nach bestehe alle Hoffnung, daß die Konferenz etwas erreichen werde. Er hoffe, die Konferenz werde ihre Arbeiten so leisten, daß sie die Zustimmung von Deutschland mit der geringst möglichen Verzögerung erhalten werde. Zum Schluß hob Baldwin hervor, daß wenn Deutschland den Vertrag annehme und die Anleihe aufgebracht werde, ein beträchtlicher Teil derselben aus England kommen werde, und daß es dadurch, daß es das deutsche Geschäftsleben wieder aufleben werde, seinen größten und mächtigsten Konkurrenten wieder herstellen würde.

Premierminister Macdonald erklärte, daß die gegenwärtige Regierung die Sachverständigenkommission „geehrt“ habe, aber zweifellos trage die Tatsache, daß die Kommission eingesetzt wurde, und daß Amerikaner sich daran beteiligten, gewaltig dazu bei, daß es nun möglich sei, von neuem freundschaftliche oder auf jeden

Fall freundschaftlichere Beziehungen zu Frankreich zu beginnen. Hinsichtlich der Verpflichtungen, die Deutschland durch den Dawes-Bericht auferlegt würden, sagte Macdonald, es sei eine Frage, ob hinsichtlich einer oder zweier Punkte des Berichts man nicht versuchen würde, Deutschland Verpflichtungen aufzuerlegen, die nicht in dem Bereich des Versailler Vertrages lägen. Diese Frage sei den Sachverständigen vorgelegt worden und werde bei ihnen bleiben, bis deren Bericht der interalliierten Konferenz in dieser oder nächsten Woche vorgelegt werde. Es sei ihm gleichgültig, ob man sage, dieses sei geheime oder offene Diplomatie. Durch Verzögerungen und Mißverständnisse verschiedener Art sei man so sehr aus dem Kontakt gekommen, daß, bevor die Regierungen als solche in harmonisierende Beziehungen treten könnten, ihre Häupter sich treffen müßten, um das Feld zu klären. Die Politik, die seit dem ersten Tage, an dem er die Schwelle des Auswärtigen Amtes als Staatssekretär des Auswärtigen überschritten habe, befolgt worden sei, sei die, daß er nicht geglaubt habe und auch bis jetzt nicht glaube, daß in Europa Frieden herrschen könnte, ehe Großbritannien und Frankreich das Maß der Einigkeit erlangt hätten, das ihnen einige Jahre lang gefehlt hätte.

Macdonald sagte, Frankreich sei infolge der Umstände dazu gelangt, den Versailler Vertrag wie eine Art Bundeslade zu betrachten. Jede Anregung, ihn beiseite zu setzen, hätten Befürchtungen und Erschütterungen hervorgerufen, die in Erlauten sehten. Auch die Anregung, daß die Sicherheit, die Frankreich von der Organisation der Reparationskommission zu haben glaubt, abgefordert werden solle, habe dasselbe Gefühl in Frankreich hervorgerufen. Bezüglich der Frage Asquiths und Baldwin über die Möglichkeit einer Teilnahme Amerikas sagte Macdonald, die Angelegenheit dürfe nicht bis Mittwoch, Donnerstag oder Freitag verschoben werden, aber er könne nichts sagen außer, daß es absolut klar sei, daß zunächst ein offizieller Vertreter der amerikanischen Regierung ganz unmöglich wäre.

In weiteren Verlauf seiner Rede sprach Macdonald noch zu der Frage der Sanktionen und Sicherheit Frankreichs. Die sofortige Aufstellung eines Sanktionsprogramms würde nur bedeuten, daß Deutschland eine Warnung erteilt werde, wie man es im Falle eines Vertragsverstoßes tun würde. Nur ein Vorbehalt daran denken etwas Derartiges zu tun. Wenn es zu einer Vereinbarung kommen sollte, so werde eine gemeinsame Erklärung das gemeinsame Interesse der Regierung von Deutschland übernommenen Verantwortlichkeiten erfordern. — Was die Sicherheitsfrage anbelange, so sei der Standpunkt, den Asquith entwickelt habe, auch immer sein eigener Standpunkt gewesen. Er habe vor kurzem im Unterhause erklärt, daß soweit er sehen könne, allein der Weg über den Völkerbund zum Ziele führen werde. Der zu schließende Pakt dürfe nicht ein zweifelhafter, sondern müsse ein allseitiger und allgemeiner sein. Macdonald schloß, er habe getan, was er konnte, um einen Weg zu eröffnen, und er könne nur hoffen, daß die Konferenz die am Mittwoch beginne, als eine goldene Gelegenheit nie wiederkehrende Gelegenheit für die Mitarbeiter nicht nur sich von neuem zusammenzutun sondern sich bei der Arbeit zur Befriedigung Europas zu vereinigen, ansetzen werde.

Houston Chamberlain kritisierte heftig Macdonalds Verhandlungen mit Herriot in Chequers. Die Konservativen bestanden auf folgender Politik: 1. Wollten sie aufrichtig den Versailler Vertrag anerkennen und ihm aufrichtig erhalten als die einzig mögliche Grundlage für das öffentliche Recht Europas. 2. Wollten sie die Aufrechterhaltung der Entente mit Frankreich zum Kardinalpunkt ihrer Politik machen. 3. Wollten sie die Forderung, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, in nicht geringem Maße zur Richtlinie ihrer Politik machen, und dafür wären sie, wenn Deutschland die Verpflichtungen, wie sie ihnen jetzt vorgelegt wurden, aufrichtig annehme und loyal erfülle, bereit die Integrität Deutschlands zu respektieren und seine Rückkehr in die Gemeinschaft der Nationen willkommen zu heißen. Außerdem suchten sie die Verbindung mit Amerika zu sichern, wo immer es sei.

Morell erklärte, die Rettung Europas sei durch das Reparationsproblem verhindert worden. Die bemerkenswertere Erklärung in Herriot's letzter Rede sei die gewesen, daß er dem französischen Volk versprochen habe, daß man 40 Jahre lang 135 Millionen Pfd. Sterling von Deutschland erhalten werde. Das sei ein Sommertraum der gefährlichsten Art, da er Hoffnungen erwecke, die sie nicht erfüllen könnte. Morell hob hervor, daß die ganze Reparationskommission fruchtlos enthalte, weil sie, wenn sie erfolgreich wäre, die deutsche Ausfuhr verstärken und dadurch den Ruin für Englands Industrie herbeiführen würde.

Das liberale Unterhausmitglied Spears hat dann um Informationen über die Lage, die durch die Räumung des deutschen Gebietes durch die britischen Truppen geschaffen würde. Spears erkundigte sich dann weiter nach der wirklichen Meinung des Premierministers über den Versailler Vertrag. Der Dawes-Bericht könne nur mit Zustimmung aller Parteien durchgeführt werden, und es sei zweifelhaft, ob Deutschland eine Einladung zu einer Konferenz annehmen werde, auf der französische Einflüsse vollkommen vorherrschen, bezw. ob die Amerikaner der Verfügung über große Summen, an denen sie interessiert seien, zustimmen werden, ohne eine Stimme in dieser Frage zu haben.

Der Arbeiterpartei-Mitglied Jonson erklärte, die Kernfrage des Reparationsproblems sei nicht Deutschlands Zahlungsfähigkeit, sondern Englands Aufnahmefähigkeit. Es könnte nicht deutsche Sachleistungen in Gestalt von Kohlen oder Farbstoffen annehmen, ohne seine eigenen Arbeiter erwerbslos zu machen. Wenn die zivilisierten Nationen endlich zu dem Schluß kommen würden, daß keine Nation Leistungen aus einer anderen herausziehen könnte, ohne seine eigene Arbeiterklasse zu

schädigen, dann werde man zu einem Wendepunkt im internationalen Verkehr gekommen sein. Statt ihre Zeit mit einem zwecklosen Bericht zu vergeuden, sollten die Mächte ihre Entschädigungsansprüche vollkommen aufgeben.

Das konservative Mitglied Samuel erklärte, er sei überzeugt, daß der Dawes-Bericht undurchführbar sei. Die vorgesehene Annuitäten würden von Deutschland nur geleistet werden können, wenn es einen Außenhandel mit einem Umsatz von etwa drei Millionen Pfund habe. Frankreich, Belgien, Italien und Amerika würden die deutschen Waren nicht annehmen. Wenn aber diese Waren nach England ausgeführt würden, so würden Tausende von Arbeitern erwerbslos werden.

Ähnlich sprach sich auch der liberale Wedgwood Benn aus. Jeder, der den Versailler Vertrag studiert hat, müsse zu dem Schluß gekommen sein, daß die neuen Deutschland auferlegten Verpflichtungen weit über den Versailler Vertrag hinausgingen.

Das Arbeitermitglied Morell erklärte: Die Rettung Europas sei durch die bisherige Reparationspolitik verhindert worden. Glaube irgend ein vernünftiger Mensch, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei. Deutschland sei bisher niemals erlaubt worden, seine eigene Verteidigung zu führen. Wenn es nun dem Völkerbund beitreten solle, so müsse man ihm auch das Recht geben, seine Sache zu verteidigen.

Die Vorbereitungen zur Konferenz

BBW. Paris, 15. Juli. Havas berichtet aus London über die Vorbereitungen zu der morgen beginnenden Londoner Konferenz: Die Delegationen der verschiedenen Länder würden insgesamt 150 Mitglieder, Delegierte und Sachverständige zählen. Frankreich würde etwa 30 Personen nach London schicken, darunter vier Delegierte. Die englische Regierung habe bei der Organisation der Konferenz große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Es sei sehr schwer gewesen, den Delegationen Wohnungen zu verschaffen, da sämtliche Londoner Hotels von Fremden überfüllt seien, die zur Kolonialausstellung oder den verschiedenen Kongressen der nächsten Tage gekommen seien. Was die Dauer der Konferenz anlangt, so wäre es vergeblich, darüber Vermutungen anzustellen. Es würden die weitesten Voraussetzungen verbreitet. Die Einen rechneten mit einer Dauer von acht bis zehn Tagen, die Anderen seien der Ansicht, daß etwa 14 Tage erforderlich seien, und nach einem Londoner Blatt hätte ein hochtöbender Beamter sogar erklärt, daß die Konferenz nicht vor Ablauf von drei bis vier Wochen zum Abschluß kommen könnte.

Die Rollenverteilung

BBW. Paris, 15. Juli. Zur Londoner Konferenz und ihrer Zusammenfassung schreibt der Außenpolitiker des „Journal“, nach so vielen Konferenzen, die durch Improvisationen gefördert wurden, werde die Konferenz, die morgen in London beginne, mindestens die elementare Linie einer guten Vorbereitung in sich tragen. Es frage sich nur, ob man über die Verteilung der Rollen Klarheit besitze. Es gebe selbstverständlich auf der Konferenz Delegierte ersten Ranges. Es frage sich jedoch, unter welchen Bedingungen die Mächte wie Südslawien, Griechenland, Rumänien und Portugal, die in Spa einen Anteil erhalten hätten, an der Debatte teilnehmen würden. Sie seien mit einer beschränkten Vertretung zur Londoner Konferenz eingeladen worden. Würden sie Abstimmungsfähig sein oder nur beratende Stimme haben? Die gleiche Unsicherheit bestehe nach wie vor hinsichtlich der Dominions; aber es sei auch noch mit Delegationen zu rechnen. Offiziell werde es für die ersten Phasen der Konferenz draußen gelassen; aber seine Interventionen und der Charakter der der angültigen Ausarbeitung des interalliierten Planes seien noch in keiner Weise geregelt worden. Macdonald habe kategorisch erklärt, daß die Deutschen nicht allein zur Unterzeichnung eines neuen Abkommens, sondern auch zu dessen Erörterung gezogen werden müßten.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, der bereits in London weilte, macht folgende Enthüllungen: In Chequers habe Macdonald dem französischen Ministerpräsidenten erklärt, daß er sich unverzüglich darum bemühen werde, den Rat der Financiers einzuholen, die als Vertreter des New Yorker Marktes gelten könnten. Das englische Schahamt sei also in engem Meinungsaustausch mit verschiedenen aus den Vereinigten Staaten kommenden Persönlichkeiten eingetreten. Das Ergebnis dieser Besprechung sei gewesen, daß die amerikanischen Finanzleute ihre Unterstützung nur unter strengen Bedingungen glauben aufzulegen zu können:

1. Gewährung einer unbedingten Priorität für die Einlösung des untergebrachten Anteils von 800 Millionen.
2. Abschluß eines Abkommens, in dem Deutschland sich tatsächlich aus freien Stücken verpflichte.
3. Zusage, daß die zur Amortisation und Tilgung des 11. Absatzes der Anleihe bestimmten Summen nicht dem Übertragungskomitee anheimfallen, und daß keinerlei Sanktionen von einer einzelnen Nation durchgeführt werden, daß ferner die Vertreter der Anleihezeichner an jedem Beschluß teilnehmen, der die Art der Sanktionen zum Gegenstand hat.

BBW. Paris, 14. Juli. Votschaster v. Oesch hatte mittags mit dem Ministerpräsidenten Herriot vor dessen Abreise nach London eine fast einstündige Unterredung. Der deutsche Votschaster entwickelte nachmal den deutschen Standpunkt in allen aktuellen Fragen.

BBW. London, 14. Juli. Wie Reuters meldet, erklärte der amerikanische Votschaster in London, Kellogg, in einer öffentlichen Rede, er habe das Vertrauen, daß die Konferenz der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten das größte wirtschaftliche Problem lösen werde, das Europa seit Generationen gestellt wurde.

Mit einer Beilage: 17. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Die Goldnotenbank

Die WED meldet hat das Organisationskomitee für die Goldnotenbank seine Beratungen über die in dem Komitee vorbereiteten Gesetz- und Statutenentwürfe am 10. Juli abgeschlossen. Das aus dem Präsidenten der Reichsbankdirektion Dr. Schacht und dem englischen Bankier Sir Robert Kinderley bestehende Komitee hat die Entwürfe der Reparationskommission mit einem Begleitschreiben vorgelegt. Die Entwürfe und das Begleitschreiben sind der Reparationskommission am 12. Juli in Paris übergeben worden. Die beiden Mitglieder des Komitees befinden sich zur Zeit in Paris um der Reparationskommission etwaige notwendige Aufklärungen zu geben.

Das „B. L.“ meldet, daß der deutsche Entwurf in seinen wesentlichen Punkten von dem englischen Bankier Kinderley angenommen worden sei. Der Charakter der Goldnotenbank, deren Sitz in Berlin sei, werde vollkommen dem der Reichsbank entsprechen. Die Bank werde vollkommen unabhängig von der Reichsregierung sein. Die neuen Noten der Bank sollten den Namen „Reichsmarknoten“ erhalten und bis zu 10 M. gestuft werden. Daneben seien Gold-, Silber- und Kupfermünzen vorgesehen und zwar von einem Pfennig bis zu 5 Mark. Die Hauptgrundlage der Bank werde die Deutschland zu gewährende Auslandsanleihe in der Höhe von 800 Millionen Goldmark sein. Der Gesamtnotenumlauf werde sich auf etwa fünf Milliarden Goldmark belaufen. Die Beschlüsse des Organisationskomitees seien bereits der Reparationskommission übermittelt worden.

Gegenüber dem vom Pariser „Tennis“ anlässlich der Reichslandtagrede vom 12. Juli erneut gegen die Reichsregierung erhobenen Vorwurf daß sie nichts zur Durchführung des Sachverständigengutachtens getan habe, wird von amtlicher Berliner Seite abermals darauf hingewiesen, daß der Zeitpunkt für die Vorlage der notwendigen Gesetzentwürfe an den Reichstag nicht in erster Linie von der Reichsregierung, sondern von den drei Organisationskomitees für die Goldnotenbank, die Reichsbahn und die Industrieobligationen abhängt, worin ja erst die Grundlagen gefunden und vereinbart werden müssen, auf denen die Gesetzentwürfe aufzubauen sind.

Deutscherseits ist von Anfang an alles geschehen, um die Arbeiten dieser Komitees zu beschleunigen. Deutscherseits waren die schriftlichen Unterlagen und Entwürfe bereits fertiggestellt, bevor die drei Komitees sich überhaupt konstituiert hatten. Dagegen scheint auf französischer Seite der gleiche Wunsch nicht immer maßgebend gewesen zu sein. Es braucht nur an das Ausschneiden des Camps aus dem Komitee für Industrieobligationen erinnert zu werden, der, wie die „Ere Nouvelle“ vom 3. Juli selbst zugegeben hat, sich noch vollständig von den Richtlinien des Ministres Poincaré hat leiten lassen und hypothekarische Belastung nur gewisser großer deutscher Firmen verlangte, während nur durch Belastung der gesamten deutschen Industrie erzielt werden konnten. Abgesehen davon, daß das Komitee für die Industrieobligationen ist mit einem Abschluß der Arbeiten und der Übergabe ihrer Entwürfe an die Reparationskommission noch im Laufe der Woche zu rechnen.

Eine englische Stimme zur Pfalzfrage

In der Juli-Ausgabe der bekannten Londoner Monatszeitschrift „Foreign Affairs“ nimmt der Herausgeber der „Foreigner Gazette“ Hugh F. Sydenham in einer längeren beachtenswerten Ausführung erneut Stellung zur Pfalzfrage und weist nach, wie der Friedenswille der neuen französischen Regierung und ihre Befriedigungsmassnahmen (Annexion für die politischen Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen) von der französischen Befehlshaberbehörde, insbesondere General De Gaulle im Ruhrgebiet und General de Metz in der Pfalz, planmäßig sabotiert und durch neue Quartierforderungen für die Besatzungstruppen illusorisch gemacht werden sollen. Auch das Verhalten der Rheinlandkommission, die trotz der Proteste des militärischen Politiks bemüht worden sei, wäre nicht geeignet, die Befriedigung zu fördern. Immer noch erlasse sie Ordnungen zur Bedrohung und Unterdrückung der rheinischen Bevölkerung. Wenn auch die im Jahre 1923 von dem französischen und belgischen Oberkommando allein erlassenen Ordnungen ungescheit seien, so dürfte deswegen die britische Regierung nicht untätig beiseite stehen und ihre Hände in Unschuld waschen. Sie trage vielmehr für die Rückgängigmachung der nach ihrer eigenen Auffassung unzulässigen Anordnungen, insbesondere der Ausweisungen, eine rechtliche moralische Mitverantwortung. Alle Geldstrafen, Gefängnisstrafen und Ausweisungen

gen seien unter der Firma „Internationaler Rheinlandkommission“ sowohl im Namen Frankreichs wie auch Englands verhängt worden. So habe ja der Provinzdelegierte für die Pfalz, General de Metz, ausdrücklich erklärt, auch der Vertreter des Königs Georg in der Pfalz zu sein. Damit suche der General für die Fortsetzung seiner auf einer Fortsetzung der Pfalz von Bayern und Reich gerichteten Ziele eine Deckung durch die englische Regierung vorzutauschen und alle Proteste Deutschlands mit diesem Hinweis abzutun. Das Herz des ganzen Problems sei die Rheinlandkommission. Die Stimmung Englands sei zu einer demütigenden Farce geworden. Es sei zu hoffen, daß die Regierung MacDonalds jetzt auf das Stimrecht Englands in der Kommission bestehn. Eine strenge Linie der englischen Politik in dieser Richtung würde auch den Befriedigungswilligen Gerriots dienen, da er große Schwierigkeiten habe, die französischen Generäle, die bisher die französische Politik geführt hätten, zur Vernunft zu bringen.

Diese Sabotierung der Befriedigungsmassnahmen Gerriots wird von Spender in seinen Schlussfolgerungen nochmals in den Brennpunkt des aktuellen politischen Geschehens gerückt mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, in der Bevölkerung der besetzten Gebiete für die Lösung des Reparationsproblems erforderliche feilsche und geistige Bereitschaft auszulösen. Andernfalls werde dies der deutschen Regierung infolge der anstehenden Welle nationalen Fühlens trotz aller Bemühungen unmöglich werden, wodurch die notwendige Befriedigung Europas in Frage gestellt würde.

Die Ausfuhr von Getreide

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Reichskommissar bei der Reichsgetreidestelle ermächtigt, auf Antrag von Fall zu Fall die Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Abfallprodukten aus Getreide zu erteilen. Der Abfah der genannten Erzeugnisse ist auf dem Inlandsmarkt in den letzten Wochen so außerordentlich schwierig geworden, daß in Anbetracht der ständig wachsenden Notlage der Landwirtschaft und der Mühen dem Handel Abzugsmöglichkeit durch Ausfuhr geschaffen werden mußte. Bei der gewählten Ausführerleichterung ist es möglich und auch beabsichtigt, das Maß der Ausfuhr zu begrenzen, wenn die Ausfuhr einen bedenklichen Umfang annehmen sollte, für welche Befürchtung jedoch kein Anlaß vorliegt, da die Abfuhrmöglichkeiten für deutsches Getreide und Mehl im Auslande sehr beschränkt sind.

Eine deutsch-französische Rundgebung für Verständigung. Wie der „Bormärts“ aus Mainz meldet, fand im dortigen Stadtpark am Sonntag vormittag eine Rundgebung für die Völkerverständigung statt, woran mehrere tausend Personen deutscher und französischer Staatsangehörigkeit teilnahmen. Nachdem u. a. der Reichstagsabgeordnete Breitheid und der Präsident der Liga für Menschenrechte Buisson gesprochen hatten, wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß eine freundschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich eine wesentliche Vorbedingung zur Schaffung des allgemeinen Friedens sei.

Vollentscheid über den Volkstugendtag? Blättermeldungen zufolge wollen die freigeistlichen Spitzenorganisationen mit dem A.D.G.B. an der Spitze die eingeleitete Aktion für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Volkstugendtag in Richtung eines vollentscheid mit ganz besonderem Nachdruck betreiben. Die technischen Vorbereitungen sind bereits so weit gediehen, daß der Organisationsapparat der Gewerkschaften in den Dienst der Bewegung gestellt worden ist. Die Parteileitung der S.P.D. und die Reichstagsfraktion haben ihre Unterstützung zugesagt. Der Volkstugendtag könnte frühestens im Spätherbst erfolgen.

Die Kandidatur La Follette. Wie der Washingtoner Berichterstatter der republikanischen „Tribune“ meldet, nimmt die Campaigne zugunsten La Follettes als amerikanischer Präsidentschaftskandidat den Charakter einer Arbeiterbewegung an um Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Die Campaigne wird durch hervorragende Mitglieder der organisierten Arbeiterschaft unterstützt. Die Taktik, durch die die Arbeiterschaft in England Einfluß auf die Regierung erlangte, wird sorgfältig geprüft. — Ein anderer Berichterstatter der „Tribune“ rechnet mit der Möglichkeit, daß La Follette in den fünf westlichen Staaten folgen wird, wodurch verhindert werde, daß irgend ein Gegenkandidat die Mehrheit der Stimmen erlange.

Ein Wahlkampf in Italien. Die italienische Oppositionspresse kommentiert eingehend ein offizielles Merkmal des Gerichtshofes von Lecce in Apulien, wonach in diesem Wahlbezirk bei den letzten Wahlen über 34 000 Stimmen mehr abgegeben wurden als dort überhaupt stimmberechtigte Wähler wohnen. Das Merkmal behauptet auch, daß in anderen Wahlbezirken Süditaliens ähnliche Manöver vorgekommen seien.

Kurze Nachrichten

Der Reichstag wird nach Blättermeldungen voraussichtlich am 28. Juli wieder zusammentreten. Da in parlamentarischen Kreisen erwartet wird daß bis dahin die Londoner Konferenz beendet ist und die Vorarbeiten für die aus dem Gutachten erwachsenen Aufgaben und Gesetze erledigt werden.

Der preussische Landtag wird sich am Freitag, den 18. Juli bis zum 23. September verlagern. Am 1. September soll der Hauptauschuss seine Beratungen wieder beginnen, um zunächst den Domänenetat vorzubereiten.

Rundgebungen vor der französischen Gesandtschaft in München. Montag nachmittag kam es vor der französischen Gesandtschaft in München zu Demonstrationen, weil dort anlässlich des französischen Nationalfestes die Tricolore aufgezogen war. Die Landespolizei und die Schutzmannschaft zerstreuten die Demonstranten und nannten einige von ihnen fest.

Die französische Kammer hat in einer Nachsitzung das Amnestiegesetz mit 325 gegen 185 Stimmen angenommen. Im Namen der Opposition hatte der frühere Kriegsminister Maginot zuvor erklärt, es sei nicht möglich, deutlicher zur Sabotage des öffentlichen Dienstes aufzufordern. Gerriot entgegnete ihm, 1870 war es der Senat, der die allgemeine Amnestie gefordert habe. Die Aufgabe seiner Regierung bestiehe darin, die Einheit in der Republik dadurch herzustellen, daß die Brüderlichkeit und Verzeihung im großen Stil eintrete.

Auf den ägyptischen Premierminister Zaghlul Pascha ist ein Revolverattentat verübt worden. Er erhielt einen anscheinend nicht lebensgefährlichen Schuß in die Lunge. Der Attentäter ist ein zwanzigjähriger Student, der im letzten Monat von Berlin nach Kairo zurückkehrte. Nach dem Attentat verhaftete die Wache den Täter zu Ichnen wobei er verletzt wurde. Als Grund gibt er an, daß Zaghlul Pascha mit den Engländern partiierte.

Die Nachrichten über die Militärrevolte in Brasilien widerten sprechen sich bauernd, weshalb wir von ihrer Wiedergabe absehen. In Sao Paulo scheinen die Aufständischen das Übergewicht zu haben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Schulfragen im Haushaltsauschuss

Darüber sind längere Berichte in den Blättern der Koalitionsregierung erschienen. Wir registrieren zunächst den Bericht des „Bad. Beobachters“. Es heißt in ihm:

Zuerst war nach der § 139 des Titels III Aufbaucalculen zu genehmigen. Solche Schulen wurden beispielsweise in Lage und Tauberbischofsheim errichtet. Der Ergebnisse sehen noch nicht fest, so daß weitere Gründungen zunächst noch nicht empfohlen werden können.

Die Zusammenlegung der Kreisämter, für die von der Regierung Karten und Tabellen als Material zur Verfügung gestellt worden waren, wurde namentlich von demokratischer und sozialdemokratischer Seite als zu weitgehend kritisiert. Daraus seien die Schulkreise zu groß geworden. Die zweiten Beamten der neuen Kreisämter sollen den Titel Schulinspektoren erhalten. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Oberlehrer großstädtischer Schulabteilungen. Ein Zentrumsredner stellte an die Regierung die Forderung, die Oberlehrer unabhängig geschlechtlich-rechtlich den neuen Verhältnissen und den Dienstverhältnissen entsprechend als Vektoren einzugliedern und ihnen im Interesse einer ruhigeren und einfacheren Dienstverteilung die erweiterten Befugnisse zu geben. Die Regierung äußerte hierzu, daß sie schon vor längerer Zeit an eine solche Änderung gedacht habe, da die derzeitigen Pflichten eines Oberlehrers tatsächlich über den Dienstkreis des Oberlehrers (ersten Lehrers) hinausgingen. Zurzeit habe aber das Reichsgericht gegen die Ernennung von Direktoren Einspruch erhoben; diese Entscheidung müsse abgewartet werden.

Zur Wahl der Dienststellenausschüsse erklärte die Regierung, daß eine Verordnung in Aussicht stehe, die für alle Verwaltungen die Verhältniswahl vorschreibe.

Auf Anfrage eines Zentrumsredners wegen der Trennung der Geschlechter in den höheren Volksschulklassen verwies die Regierung auf eine Verordnung vom Jahre 1913, die diese Trennung den Ortschulbehörden eigentlich schon zur Pflicht mache. Die weitere Aufgabe, wie es mit der schularztlichen Fürsorge auf dem Lande bestellt sei, führte die Regierung aus, daß diese Fürsorge im Kriege allerdings fast verloren gegangen sei; es sei aber zu hoffen, daß mit der Rückkehr der normalen Verhältnisse auch der Schularzt wieder in Tätigkeit

Prüfungs-Aufführungen des Bad. Konservatoriums für Musik

Gemäß der Tradition der Anstalt gipfelten auch die diesjährigen Prüfungs-Aufführungen in einem Klavierabend, in dessen Rahmen sich nur Schüler und Schülerinnen der Klasse Prof. O. K. Schmid — und zwar sehr ehrenvoll — produzierten. Unter den insgesamt von guter musikalischer Auffassung und recht fortgeschrittenem Können zeugenden Darbietungen ragte vor allem Maxim Schur hervor der die an die technische und musikalische Beschlagenheit des Interpreten außerordentliche Anforderungen stellende 32 Variationen über ein Thema in C-moll von Beethoven schon mit eminenter Virtuosität spielte. Auch Judith Nordmann muß man das Zeugnis einer tüchtigen Pianistin ausstellen, was sonst nur die Besten ihres Faches zu bewältigen vermögen, vollbrachte sie mit richtigem Musikinstinkt und eben so viel Temperament. Die Wiedergabe des sehr schwierigen Sinfonischen Etudes Schumanns. Gegenüber den glänzenden technischen Fähigkeiten dieser beiden wirklichen Meister Schüler hielt sich das übrige Programm in bescheidenen Grenzen. Doch waren immerhin Vertiefung des Vortrags und Elastizität des Anschlags auch bei Edith Denbrich Irma Jüngardt, Hilde Bürgerin sowie bei Hedwig Stügel und Maria Forcher festzustellen. Die beiden Letzteren zeigten noch besonders in der Transcription für 2 Klaviere von Carl Reinecke, die man vermutlich zur Erinnerung an dessen hundertsten Geburtstag (23. Juni) ausgewählt hatte, fauberes Zusammenspiel. Daß alle Vortragenden ihre Aufgabe mit so trefflichem Erfolg lösen konnten, zeugte nicht zuletzt von sehr verständigen und sachgemäßem Arbeiten unter Prof. O. K. Schmid's Aufsicht, dem auch die bestimmte künstlerisch hochstehende Physiognomie des Abends als markantes Verdienst gut zuschreiben ist. Von den zehn Abenden, die das Resultat der an der Anstalt geleistete Jahresarbeit herausstellen wollten, hat der Referent nur noch zwei anderen beigewohnt. Im vorletzten Konzert zeigte Ulrich Schmid die Summe dessen, was ihm bis heute die ausgezeichnete Schule Dr. Brückners gegeben hat. Es ist schon ein erheblicher Prozentsatz von technischer Gewandtheit, über die der junge Geiger verfügt. Wenn auch die „blühende Schönheit“ des Tones hier und da noch mangelte — j. T. wohl

infolge der abnormen Temperatur — an seine Verfassung ist zu glauben und die ruhige Sicherheit, mit der er feinste Nuancen bringt, schon bemerkenswert. Mit F. Borelmann zusammen war er ein weit über das Durchschnittsmaß hinausgehender Bewusstseinsdeuter von C. Franck's Violinsonate. Auch Lore Diekmann's Violinpiel ist schon nach rein künstlerischen Gesichtspunkten zu bemerken. In Hermann Rahn und Fr. W. Brodhaus sieht dem Pädagogium von Gorka ein gutes Material zur Ausbildung zur Verfügung, das zur Konzertreise zu bringen allerdings noch sorgfältige und gewissenhafte Schulung voraussetzt. Auch sonst wurde an diesen Abenden mit Leistungen aufgewartet, mit denen man der jeweiligen Unterrichtsstufe entsprechend wohl zufrieden sein konnte. — S. Sch.

Vom Stadttheater Freiburg. Nach Bekanntgabe der Theaterleitung über den neuen Personalstand in der Spielzeit 1924/25 liegt die künstlerische und geschäftliche Oberleitung in den Händen des Intendanten Dr. Max Krüger (bisher Künstler und Sagen i. V.), während die musikalische Oberleitung Kapellmeister Ewald Lindemann vom Stadttheater Münster übertragen wurde. Neben ihm werden die Kapellmeister Richard Fried und Friedrich Herzfeld wirken, letzterer aus Aachen. Als erster Regisseur des Schauspiel und als Dramaturg wurde Paul Smelny vom Stadttheater in Bern verpflichtet. Opernspielleiter sind Kapellmeister Starke, Regisseur Fabian und Kammerfänger Hadwiger. Im Schauspiel werden neben Spielleiter Smelny die Regisseure Ernst Hart und Oskar Orth als Spielleiter tätig sein. Zum Opernpersonal trat neu hinzu Kammerfänger Josef Heller (Königsberg) als Bariton und Opernfänger Gustav Wüst-Schindler (Heilbronn) für Bass; ferner die Opernsoubrette Ruth Deyer (Wormen Elberfeld) und die Operetten-Soubrette Riffelotte Hartung, die vor zwei Jahren schon in Freiburg wirkte. Für das Schauspiel sind neu verpflichtet als Darsteller der ersten Helene Karl Felsch vom Stadttheater Wormen Elberfeld und Ingrid Kump. Das Fach des Jugendlichen und Charakterliebhabers übernimmt Schauspieler Max (Wetter) (Bonn). Für das Fach des ersten Sentimentalen wurden Elinore Schelberup und Clara Wille (Waden-Baden) verpflichtet. Die neue Spielzeit beginnt Samstag den 6. September.

Das Grimmeischaufenjubiläum in Rendern

Vor Beginn der eigentlichen Feierlichkeiten tagte am Sonntag vormittag um 8 Uhr die 9. ordentliche Hauptversammlung des historischen Vereins für Mittelbaden zur Erlebung der geschichtlichen Vereinsangelegenheiten. Hierzu fand in der katholischen Kirche ein Festgottesdienst statt, wobei Stadtpfarrer Müller von Rendern die Festpredigt über Grimmeischaufen hielt. Daran anschließend fand ein feierliches Hochamt statt, geleitet von Pfarrer Decher aus Schaubach, einem geborenen Renner. Der eigentliche Festakt am Grimmeischaufenjubiläum nahm um 11 Uhr seinen Anfang. Bürgermeister Schmidt von Rendern hielt die Begrüßungsansprache. Namens des historischen Vereins für Mittelbaden sprach Pfarrer Stengel, worauf Professor Dr. Ostering-Karlsruhe zur Festrede das Wort ergriff. Die Rede Professor Osterings wird als Festschrift gedruckt herausgegeben. Von seiten der staatlichen Behörden ergriff der zur Feier erschienene Minister Kemmler zu einer Ansprache das Wort. Musik- und Gesangsbeiträge umrahmten den Festakt. Im Anschluß an die Feier am Abend fand ein gemeinsames Mittagessen statt. Der Beginn des Festspiels „Simplicius Simplicissimus“ von Max Klaus, was auf 5 Uhr nachmittags festgesetzt. In dem Spiel, das in 7 Bildern sich abwickelt, wirkten verschiedene Künstler aus Baden-Baden mit. Der Beifall der aus Rench und Fern in sehr großer Zahl erschienenen Festbesucher, war sehr herzlich. Am Abend beschloß sodann ein Festbankett die sehr gut verkaufene Grimmeischaufenfeier.

Stadt. Konzerthaus. Heute Dienstag und täglich gelangt der mit großem Beifall aufgenommene, äußerst unterhaltende Operettenchor „Familie Raffle“ zur Wiedergabe. Als nächste Neuhaut befindet sich die Operette „Die schöne Rivalin“ in Vorbereitung von Hans S. Linnee. Durch Intrigue der Baronin Ginor wird Doris, Tochter des Besitzers einer Taberne als Gräfin Fontarabic ausgeben und durch diese Verwechslung erreicht die Baronin zum Schluß das Gegenteil, indem sich ihr früherer Bräutigam mit Doris verlobt. Von den vorzunehmenden Duetten usw. seien nur erwähnt: Es wartet das Glück an der See, Süßes Glet von Honolulu, Einer so allein das ist niemals nett usw.

treten werde. Auch werde man dazu kommen müssen, an den reinen Mädchenschulabteilungen neben dem Oberlehrer eine Funktionärstelle für die Lehrerin zu errichten, die die hygienische und soziale Schulfürsorge verantwortlich zu übernehmen habe. Es sei durchaus im Sinne der Regierung, daß in Mädchenschulabteilungen wenigstens die Oberlehrerstellvertretung von einer Lehrerin übernommen werde.

Den Vorwurf, der namentlich von demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen der Regierung gemacht wurde mit dem Hinweis darauf, daß an der Volksschule 13 Prozent abgebaut worden seien, entkräftete die Regierung durch den Hinweis, daß durch die Einstellung der etwa 350 neuen Stellen für die Fortbildungsschulen die Anstellungsmöglichkeit für die Lehrer nicht gemindert sei. Der Abbau habe sich für die Volksschule im wesentlichen durch die natürlich gegebenen Verhältnisse (Altersgrenze) vollzogen.

Ein sozialdem. Bericht teilt über den weiteren Gang dieser Debatte mit: Die sozialdemokratische und die demokratische Fraktion legten deshalb einen Antrag vor, den Abbau auf dem Gebiet des Schulwesens für erledigt zu erklären.

Von Zentrumseite wird von verschiedenen Rednern gegen die sozialdemokratischen Anträge polemisiert. Von der Regierung wird ein weitaus geringerer Prozentsatz für den Abbau des Volksschulwesens errechnet. Die 600 angeforderten Hauptlehrerstellen seien nicht unterzubringen ohne Änderung des Schulgesetzes, von der finanziellen Belastung abgesehen. Eine Besserung in den Anstellungsverhältnissen werde eintreten, sobald die angeforderten Stellen an den Fortbildungsschulen besetzt seien. — Von Zentrumseite wird betont, der Abbau dürfe an der Schule nicht allein vorbegehen.

Nach weiteren Ausführungen verschiedener Redner wird schließlich über den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag in einer neuen Fassung abgestimmt, wonach die Regierung prüfen solle, ob die Zahl der auf einen Lehrer entfallenden Schüler geändert, ob der Artikel 2 des Gesetzes vom 23. März 1923 nicht auf alle Gemeinden ausgedehnt werden könne und einen dementsprechenden Gesetzesentwurf vorlege. Der Antrag wird mit 13 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Der Antrag auf Einstellung des Abbaus wird mit 12 gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Das badische Landestheater

Über das Landestheater entspann sich im Haushaltsausschuß eine längere Debatte. Hier kamen vor allem die Vorschläge zur Sprache, die zu dem Projekt mit dem Operndirektor Cortales geführt haben. Von besonderem Interesse war die Feststellung, daß entgegen bisherigen Feststellungen der lebenslängliche Vertrag schon aus dem Jahre 1916 stamme.

Ferner verdient hervorgehoben, daß der Vertrag, den das Land unter den Zuwendungen für die Groß-Subvention vor dem Krieg bewilligt habe, ein dreifaches dessen gewesen sei, was heute für das Landestheater aus Staatsmitteln aufgebracht werden solle. Das Land habe aber ein allgemeines Interesse daran, in der Landeshauptstadt eine repräsentative dramatische Kunststätte zu besitzen. Die Position des Landes-theaters wurde sodann mit 11 gegen 9 Stimmen genehmigt.

Jur Donauverfunktungsfrage

Am Freitag kamen, wie die „Südd. Zeitung“ meldet, in Tübingen die zuständigen Minister, der württembergische Innenminister und der badische Arbeitsminister mit ihren Staatssekretären, Vertreter des württ. Landtags und der Stadt Tübingen zusammen. Es wurde die ganze Verfunktungsfrage der Donau von Wöringen bis Immenstadt besprochen, wobei festgestellt wurde, daß tatsächlich die Verlinkung durch die viel umstrittenen Kiesbänke ganz erheblich gefördert wird. Besonders kennzeichnend war eine Verlinkungsstelle am Brühl, zu der das durch die Kiesbänke am Abfluß gehinderte und angestaute Wasser zurückfließt. Abhilfe wäre ohne allzu große Schwierigkeiten zu schaffen. An der Nacht zeigte sich, daß sie jetzt Wassermengen führt, die so groß sind, daß die dortigen Kraftwerke sie gar nicht ausnützen können, während an der Donau schon Wassermangel herrscht.

Der badische Arbeitsminister erklärte, daß die badische Regierung bereit sei, die Frage in freundschaftlich-nachbarlicher Weise zu behandeln. Die zuständigen technischen Sachleute der beiden Bundesstaaten sollen zusammenarbeiten, um möglichst bald eine geeignete Lösung zu finden.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten

Im weiteren Verlaufe seiner Verhandlungen beschäftigte sich der in Karlsruhe zusammengetretene 4. badische Gau des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen mit dem Schwerbeschädigtengesetz, wobei ein Antrag genehmigt wurde demzufolge die in den behördlichen Büros beschäftigten Damen entlassen werden sollen, um den Kriegsobstern Arbeitgelegenheit zu verschaffen. Im übrigen wurde betont, daß es für die Reichs-, Landes- u. kommunalen Behörden Grundgesetz sein sollte, in erster Linie die Beschädigten des Weltkrieges zu beschäftigen. Der Gau wandte sich dann an die Reichs-, Landes- u. kommunalen Behörden, um die Beschädigten des Weltkrieges zu beschäftigen. Der Gau wandte sich dann an die Reichs-, Landes- u. kommunalen Behörden, um die Beschädigten des Weltkrieges zu beschäftigen.

Südwestdeutsche Länderkonferenz der Christl. Gewerkschaften

In Pforzheim fand am 7. und 8. Juli eine eindrucksvolle Tagung der christlichen Gewerkschaften von Baden, Württemberg und Hohenzollern, sowie der Pfalz statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen, die unter der Leitung von Abg. Gengler-Stuttgart und Landessekretär Stodert-Karlsruhe stattfanden, standen neben wichtigen gewerkschaftlichen und organisatorischen Fragen, insbesondere auch solche, die das Lebensschicksal des deutschen Volkes, seinen sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau auf das engste berühren. Aber die sozialpolitische Lage, sowie über die christlich-nationale Arbeiterbewegung im Lichte der gegenwärtigen Aufgaben sprach der Generalsekretär des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften Deutschlands Otto-Verlin. Über die Wirtschaftslage in Deutschland und das Sachverständigengutachten sprach der Leiter der wirtschaftlichen Abteilung des deutschen Gewerkschaftsbundes Walter-Berlin. Am Schluß der Tagung fand eine Entschließung einstimmig Annahme, in der verlangt wird: Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Wiedereinstellung einer verbesserten Kurzarbeiterunterstützung, Bekämpfung der Vertreibung auf Befreiung des staatl. Einigungs- und Schlichtungswesens, Hebung der Kaufkraft des Arbeitseinkommens durch Verbilligung des Konsums, Ausweitung des verteilenden Wirtschaftswesens, Verringerung der Wohnungsnot, Erhaltung (wenn auch nur in kleinerer Zahl) des Reichsbürokrates und des Betriebsrätegesetzes.

Am 16. des badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministers des Innern: Bekämpfung der Alkohol.

Auf der Tagung des Gustav-Adolf-Vereins in Lahr

war der Montag den geschäftlichen Arbeiten gewidmet. Nach vorausgegangener Diapora-Konferenz unter Vorsitz von Kirchenrat Dr. Ebel-Jell eröffnete Stadtpfarrer Janz-Konstanz um 9 Uhr die Hauptversammlung. Als Schriftführer wurden berufen: Pfarrer Kolb-Kleinlaufenburg und Diaporapfarrer Barchard-Staufen. Es waren vertreten 37 Vereine, Stadtpfarrer Kaufmann begrüßte namens der Gemeinden den Gustav-Adolf-Verein. Die theologische Fakultät der Universität Heidelberg hatte Professor Jelle als Überbringer ihrer Segenswünsche entsandt. Pfarrer Wagner-Bensheim und Pfarrer Komerell-Tuttlingen sprachen für die Heffischen und Württembergischen Hauptvereine. Stadtpfarrer Janz dankte für all diese Grüße und Wünsche, besonders auch dem Vertreter des evangelischen Oberkirchenrats, Geh. Oberkirchenrat Mayer. Die vom Rechnungsrat gestellte Rechnung wurde geprüft und dem Rechnungsrat entlassen.

Hierauf wurde der Beschlusstag von 1924 besprochen und es werden an 37 badische Diaporagemeinden 14 300 Mark verteilt; 7000 Mark erhält der Zentralvorstand und weitere 3500 Mark das allgemeine Liebeswerk und auswärtige Gemeinden. Die Festgabe der Stadt Lahr ergab den Ertrag von 1500 M. und von Lahr-Land 700 M. Die Liebesgabe der Gustav-Adolf-Frauenvereine mit 562 M. fällt an das Waisenhaus in Jell a. M. Pforzheim gibt noch besonders je 50 M. an Paula und Clausen. Stiftungsgelder und Zinsen konnten bei eingetretenerem Verlust nicht ersetzt werden. Der Vorstand empfiehlt zu weitester Verbreitung die Gustav-Adolf-Flugblätter und die „Evangelische Diapora“, Zeitschrift des Zentralvorstands. Zu der großen deutschen Gustav-Adolf-Tagung in Braunschweig am 22. September solle nach wieder badische Diapora entsandt werden.

Als nächster Tagungsort wurde auf Einladung Durlach gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Zweiter Wettkampf für polizeiliche Körperausbildung in Karlsruhe

Die Wettkämpfe für polizeiliche Körperausbildung, die am Donnerstag letzter Woche begonnen hatten, fanden am Sonntag ihren Höhepunkt und Abschluß in einer Hauptveranstaltung auf dem Platz des Karlsruher Fußballvereins, die die endgültige Entscheidung in den verschiedenen leistungsfähigsten Wettkämpfen brachte und gleichzeitig eine Reihe sehr interessanter sportlicher und polizeilicher Vorführungen zeigte. Zu diesen Entscheidungskämpfen hatte sich der Minister des Innern, der Oberbürgermeister, zahlreiche Vertreter staatl. und städtischer Behörden, Leiter und Lehrer Karlsruher Lehraufstellungen sowie eine große Zuschauermenge eingefunden. Die Wettkämpfe, die zum Teil sehr hohe Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Teilnehmer stellten, boten ein außerordentlich festes Bild, das das Wesen der polizeilichen Körperausbildung vortrefflich veranschaulichte. Das abwechslungsreich zusammengestellte Programm, das Wett- und Staffellauf, Ju-Jitsu, Schwereathletik, Frei- und Wurfübungen, Geräteturnen u. a. brachte, wickelte sich in rascher Folge und ohne Unfall in der festgesetzten Zeit ab. Alle Teilnehmer an den Wettkämpfen erledigten in Einzel- und Massenübungen ihre Aufgaben mit Eifer und Hingabe, mit Ruhe und oft zäher Ausdauer und zeigten durchweg sportliche und turnerische Leistungen von bester Durchbildung und hoher Vollendung. Einen Einblick in einen besonderen Zweig der modernen Polizeidienst hat die Vorführung eines Teils der Polizeihundeschule, die — es sei nur die Verfolgung und Auffspürung eines Verbrechers erwähnt — ausgezeichnete Resultate zu verzeichnen hatte.

An die Entscheidungskämpfe schloß sich die Verteilung der Ehrenpreise, die vom Staatsministerium, einer großen Zahl badischer Städte, verschiedenen Verlagen, Institutionen und Körperschaften gestiftet waren, an die Sieger durch Polizeioberst Blankenhorn.

- 5 x 100 m Dienstgradstaffel
- 1. Schule 58, 2. Heidelberg 58, 3. Mannheim 59.
- 4 x 100 m Staffel
- 1. Karlsruhe 46, 2. Heidelberg 46, 3. Heidelberg 46, 9.
- 4. Schule Klasse B 47, 5. Schule Klasse A 47, 6.
- 3 x 1000 m Staffel
- 1. Freiburg 8: 46, 2. Heidelberg 8: 51, 3. Mannheim 9: 16, 2.

Olympische Staffel

- 1. Karlsruhe 3: 58, 2. Mannheim 3: 59, 3. Heidelberg 3: 59, 4.

100 m Lauf

- 1. Streifenm. Kerfen, Karlsruhe 11, 3. P. R. Tröller, Heidelberg 11, 3. Streifenm. Rogelmann, Heidelberg 11, 7.
- 4. Streifenm. Mößinger, Karlsruhe 11, 7. Rottenm. Frey, Freiburg 11, 7. Streifenmann Metz, Heidelberg 11, 7.
- 7. Rottenm. Debel, Mannheim 11, 9.

Schleuderball

- Außer Konkurrenz Jugwachtm. Mäule, Schule 46, 12, außer Konkurrenz Pol.-Obtm. Brenner 42, 30, 1. N. tm. Attinger, Karlsruhe 49, 55, 2. Wachtm. Frey, Heidelberg 46, 90, 3. Stfm. Fajohn, Karlsruhe 46, 10, 4. Jugw. Reiz, Heidelberg 43, 51, 5. Polizeiwachtm. Grob, B.-Amt Mannheim 41, 38.

Kugelstoßen

- 1. Jugw. Reiz Heidelberg 9, 51, 2. Stfm. Rang, Mannheim 9, 50, 3. N. tm. Langenbach, Freiburg 9, 57, 4. Wachtm. Kern, Heidelberg.

400 m Lauf

- 1. R. M. Haag, Schule, A. A 55, 4, 2. Stfm. Nimmels, Freiburg 55, 5, 3. R. M. Verlinghoff, Mannheim 56, 8, 4. N. tm. Lauble, Freiburg, 5. R. M. Tröller, Heidelberg.

5000 m Lauf

- 1. Außer Konkurrenz Oberlm. Brenner 18, 05, 1. Stfm. Frey, Freiburg 18, 06, 2. N. tm. Nagel, Pforzheim 18, 06, 3. Stfm. Lehr 18, 06, 4. R. M. Kofler, Karlsruhe, 5. Stfm. Herrmann, Karlsruhe, 6. N. tm. Bonnet, Karlsruhe.

Hochsprung mit Anlauf

- 1. Wachtm. Kleinmann, Pforzheim 160, 2. P. M. Bauch, Mannheim 160, 3. P. M. Ludwig, Kattst 155, 4. Stfm. Hilfer, Pforzheim 150, 5. P. M. Ottmüller, Karlsruhe 150, 6. Wachtm. Lang, Karlsruhe 150, 7. Stfm. Priel, Freiburg 150, 8. P. M. Jung, Pforzheim 150.

Sandgranatenwurf

- 1. N. tm. Dieb, Kattst 58, 64, 2. N. tm. Bely, Freiburg 58, 64, 3. Stfm. Ludwig, Kattst 58, 27, 4. Wachtm. Lang, Karlsruhe 54, 79, 5. N. tm. Göller, Mannheim 53, 70, 6. Jugwachtmeister Söder, 53, 25, 7. N. tm. Attinger, Karlsruhe 52, 80, 8. N. tm. Epäh, Karlsruhe 52, 80.

Seinen 80. Geburtstag begeht heute Geheimrat Dr. Hermann Frech, der bekannt geworden ist durch seine Verdienste auf dem Wasser- und Straßenbauwesen, namentlich in Elsaß-Lothringen, wo er etwa 40 Jahre lang erfolgreich im Meliorationsdienst, bei der Regulierung der Ill und bei den gesun-

ftlichen wasserbautechnischen Maßnahmen der Stadt Straßburg wirkte, bis er infolge Krankheit vor 14 Jahren in den Ruhestand trat.

Über den Handel mit Milch in der Stadt Karlsruhe erläßt der Stadtrat eine Anordnung, wonach § 1 der Handel mit Kuhmilch (Kuhmilch, Magermilch und Sahne) auf der Gestaltung der Stadt Karlsruhe nur solchen Personen gestattet ist, denen eine besondere schriftliche Erlaubnis hierzu erteilt ist. Kuhhalter können die im eigenen Betriebe erzeugte Milch ohne diese Erlaubnis absetzen. Inträge auf Erteilung der erforderlichen Erlaubnis sind bei der Karlsruher Milchwirtschaft G. m. b. H. einzureichen.

Schadenfeuer im Rheinhafen. Am Samstag Nachmittag 1 Uhr entstand in der Kunstwollfabrik Vogel u. Schürmann, Rheinhafen hier, im Warenmagazin ein größerer Brand, der wahrscheinlich durch Selbstentzündung der dort gelagerten Baumwollballen entstanden ist. Die städt. Feuerwehr konnte erst nach einstufiger, angestrengter Tätigkeit des Feuers Herr werden. Der Gebäudeschaden ist gering, während der Sachschaden erheblicher sein dürfte.

Vom Karlsruher Schwurgericht. Der frühere russische Kriegsgefangene Arbeiter Michael Wolf, der nach dem Kriege in Baden verblieb, hatte sich gestern vor dem Schwurgericht unter der Anklage zu verantworten, im Sommer 1919 auf die Witwe Rimbacher-Gernsbach, mit der er ein Verhältnis unterhielt, mit einem Revolver geschossen zu haben, ohne die Frau jedoch zu verletzen. Von dieser Anklage wurde er jedoch freigesprochen und das Verfahren wegen Totschlags eingestellt; dagegen wurde er wegen einer Anzahl anderer ihm zur Last gelegten Vergehen im Verleumdung mit dem weiblichen Geschlecht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Der Präsident der Württembergischen Forstdirektion, Dr. Christoph Wagner, dem die durch den Tod des Geh. Hofrats Prof. Dr. Ido Müller erledigte Professur für Forstwissenschaft an der Universität Freiburg angetragen worden war, hat diesen Ruf angenommen.

Freiburg, 14. Juli. Wie die „Freiburger Zeitung“ berichtet, wurde vor einigen Tagen in dem D-Bus nach Basel, der vormittags 9.30 Uhr von Frankfurt abgeht, wahrscheinlich zwischen den Stationen Appenweier und Oerfingen ein Hausüberfall auf eine Dame verübt. Der Räuber, ein etwa 25 bis 30-jähriger Mann in Frauenkleidern verkleidet, die Dame mit einem tüchtig riechenden Mittel zu betäuben um sie ungehindert berauben zu können. Da jedoch die Reisende nicht sofort einschloß, konnte er sein Verbrechen nicht ausführen, meauf er beschwand.

DZ. Singen, 12. Juli. Die Hohentwiel-Festspiele erfreuen sich dank der glänzenden Darstellung durch die Mitglieder des Badischen Landes-theaters Karlsruhe eines recht guten Besuchs. Die für den 3. August geplante Festvorstellung „Der Widerspenstigen Zähmung“, mit der eine große Beleuchtung des Hohentwiel verbunden sein wird, wurde mit Rücksicht auf den nationalen Gedenktag zu diesem Zeitpunkt auf den 27. Juli verlegt.

DZ. Schwennigen, 14. Juli. Die mehrere hundert Arbeiter beschäftigende Uhrenfabrik Haller und Benzins hier, schloß am Samstag ihren Betrieb. Eine baldige Wiederaufnahme des Betriebs erscheint vorerst sehr fraglich.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Juli		14. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	158.40	159.20	158.35	159.15
Kopenhagen 100 Kr.	67.58	67.72	67.33	67.67
Italien 100 L.	18.05	18.15	17.91	17.99
London 100 £.	18.320	18.410	18.345	18.435
New York 100 \$.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	21.75	21.85	21.70	21.80
Schweiz 100 Fr.	76.41	76.79	76.91	77.29
Wien 100000 Kr.	5.92	5.94	5.92	5.94
Brag. 100 Kr.	12.40	12.46	12.46	12.47

Generalversammlung der Handelskammer für den Kreis Freiburg i. Br. Am 8. Juli hielt die Handelskammer Freiburg im Restaurant Jahnberg ihre Generalversammlung ab. Kommerzienrat Schuster eröffnete die Versammlung und gab in einleitenden Ausführungen einen Überblick über die Entwicklung der Handelskammer im vergangenen Geschäftsjahr. Daran anschließend erstattete der Syndikus der Kammer, Dr. Kaiser, einen zusammenfassenden Bericht über die Wirtschaftslage und die Tätigkeit der Handelskammer für das Jahr 1923/24 aus dem zu entnehmen ist, daß die Inanspruchnahme der Kammer sehr rege war und sich auf sehr viele Angelegenheiten bezog. U. a. geht aus dem Bericht auch hervor, daß die Herausgabe einer neuen Handelskammerzeitschrift für die nächste Zeit vorgesehen ist. In der sich an den Bericht anschließenden Aussprache gab der Vorsitzende Aufklärung über die seinerzeitige Besetzung, derzufolge die Handelskammer Freiburg 3 Minister in einer Einzugs an den badischen Landtag persönlich angegriffen haben soll und stellte fest, daß die von der Handelskammer eingereichte Eingabe einen absolut sachlichen Charakter trug und nicht im geringsten persönlich wurde. (Die Angelegenheit ist, wie gemeldet, kürzlich im Haushaltsausschuß des Landtags besprochen worden.) Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden Wünsche wegen Befreiung der Herbergssteuer, wegen Inbetriebnahme der Bahn nach Alglashütten, wegen des West-Ostverkehrs nach München unter Hinweis auf die Konkurrenz der schweizerischen Bahnen, wegen der Höhe der Postgebühren, wegen dem Messenonderzug nach Leipzig u. a. m. zum Ausdruck gebracht. Der Vorsitzende versprach eingehendste Behandlung derselben durch die Kammer.

Vor einer Stilllegung der Firma Lang in Mannheim. Wie die Mannheim. Volksstimme“ mitteilt, wurde am letzten Freitag der ganzen Belegschaft der Firma Lang durch Anschluß am schwarzen Brett die Kündigung auf nächsten Samstag ausgesprochen. Als Grund wird die fast unmögliche Beschaffung von Zahlungsmitteln zur Auszahlung der Löhne und Gehälter angegeben. Der Betriebsrat war bereits am Samstag bei den Karlsruher Regierungsstellen vorstellig, um die Regierung auf einer Intervention zu veranlassen. — Ferner kündigte die Automobilfabrik Itabag Bugatti in Mannheim an, daß sie ab Dienstag zwei Drittel ihrer Arbeiter entlassen wird.

Stilllegung von Ruhrzechen. Nach einer Meldung der „Wirtschaftlichen Zeitung“ aus Düsseldorf sind neuerdings verschiedene Zechen im südlichen Ruhrrevier stillgelegt worden, oder haben ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt. Auch vom Arbeitsmarkt der rheinischen Industrie wird gemeldet, daß sich die Verhältnisse verschlechtert haben. Am schwierigsten ist die Lage in der Metall- und in der Textilindustrie, wo viele Betriebe still-

beginnen einführen. Kurzarbeiten sind an der Tagesordnung. Die Zahl der Arbeitsnachweise und der gemeldeten offenen Stellen ist auf ein Minimum gesunken.

Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk)
Der Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1923/24, der in der Generalversammlung am 7. Juli in Karlsruhe erstattet worden ist, besagt:

Da sich der Wert der Mark bis Ende des Jahres 1923 ständig stark veränderte, kann die Papiermarkbilanz nur ein völlig unzulängliches Bild der Entwicklung des Geschäftsjahres 1923/24 und der Vermögenslage zeigen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind die restlichen M. 375 000 000 des Aktienkapitals von dem Lande Baden, als dem Besitzer sämtlicher Aktien, voll eingezahlt worden. Durch das Bankkonkordatium wurden im Berichtsjahr aus der Kohlenverleihanleihe weitere 88 257,5 ts Kohle abgerechnet, von denen am Bilanzstichtag 58 262,5 ts in unserem Besitze waren. Die Belastung durch diese Anleihe stellt sich nunmehr auf den Gegenwert von 441 737,5 ts. Da auch dieses Mal noch die Papiermarkbewertung der Anlagen nur unter Beachtung der §§ 40 und 261 G.W. vorgenommen werden konnte, mußte die Bilanzierung wiederum, wie im vorigen Jahre, durch ein Währungs-Berichtigungskonto erfolgen. Dieses Konto ist durch den Goldwert der in der Bilanz aufgeführten Vermögenswerte gedeckt.

Im Berichtsjahr ist der Anschlußwert um 11 488 kW auf insgesamt 86 790 kW gestiegen. Die Anzahl der angeschlossenen Gemeinden erhöhte sich von 522 auf 524. Diese Gemeinden umfassen 359 056 Einwohner mit 78 745 Haushaltungen; 63 475 Haushaltungen hiervon waren angeschlossen. Die Zahl der installierten Lampen steigt von 369 027 auf 393 069, diejenige der installierten Motore von 8744 auf 10 206. Die Versorgung des Netzes der abgelegenen Siedlungen und Höfe in unserem Abgabebereich konnte weitgehend durchgeführt werden; diese Maßnahme dürfte sich als ein wirksames Mittel gegen die sonst drohende Entvölkerung abgelegener Landesteile erweisen. Nur noch wenige Höfe unseres Versorgungsgebietes sind ohne Anschluß. Auf 241 038 kWh, wovon 84 620 037 kWh auf Kraft und 5 621 001 kWh auf Licht entfallen.

Bei Wasserführung beim Murgewert und dem Baufastwert an der Rauminzach war, abgesehen von den Hochsommermonaten, günstig, so daß die Stromerzeugung in diesen Werken den angenommenen Durchschnittswert nicht unwesentlich übersteigt, ohne jedoch die besonders günstige Ziffer des Vorjahres zu erreichen.

Die im letzten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres eingetretene Währungsstabilisierung ermöglichte es, die Neuregelung der Stromtarife in Angriff zu nehmen und es ist bestimmt zu hoffen, daß sich das Verhältnis zwischen Abnehmern und Werk, das durch die zwangsläufigen Folgen der Inflation bei allen Unternehmungen ähnlicher Art beeinträchtigt wurde, wieder normal gestaltet. Tarifvereinfachungen sind dort gewährt oder vorgesehen, wo die Wirtschaftlichkeit des Bezuges elektrischer Arbeit am stärksten gefährdet war, oder wo die den Verbrauch anwendende Wirkung, wie z. B. bei der Verwendung im Haushalt für Koch- und Heizzwecke u. dgl., noch namhaften Erfolg in Aussicht stellt.

Die Bauarbeiten des Schwarzenbachwerkes wurden durch die ungünstige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nachteilig beeinflusst. Die fürmische Geldentwertung im letzten Halbjahr 1923 blieb nicht ohne Rückwirkung auf den Fortgang der Arbeiten; die lange Dauer der Aufbesehung brachte Störungen in der Materiallieferung, die ebenfalls auf den Fortschritt des Baues verzögernd einwirkten. Außerdem zwang der langanhaltende, im Gebirge sehr schneereiche Winter zu einer mehrere Monate dauernden Unterbrechung der Bauarbeiten. Seit Wiederaufnahme des Baues in diesem Frühjahr schritten die Arbeiten gut vorwärts. Nach dem Stand des Ende Juni wird nach Ausführung weiterer 25 000 Kubikmeter Mauerinhalt die untere Grenze des nützlichen Stauraumes des Weidens erreicht sein. Beim Stollen werden zurzeit die letzten Arbeiten vorgenommen. Die Verlegung der Druckrohrleitung, sowie die Aufstellung eines Maschinenhauses und die Montage des elektrischen Teiles sind im Gange. Es kann daher die Inbetriebnahme des Werkes mit einem Staubermögen von zunächst annähernd 1 Million Kubikmeter gegen Ende des Jahres erwartet werden.

Beim Schluchseewerk wurden die vorbereitenden Arbeiten weitergeführt. Die Schürfungen waren gegen Ende des Berichtsjahres nahezu vollständig erledigt, so daß die Lage der Hauptteile des Werkes festgelegt werden konnte. Zur Beschleunigung der späteren Hauptarbeiten beim Schluchsee-Schwarzgestollen und zur Erhellung der Gebirgsverhältnisse wurde ein Kanalarbeiter und ein zur Aufnahme von Abperrorganen dienender Schacht ausgegraben. Gemäß einem mit dem Finanzministerium — Fortschreibung — getroffenen Abkommen konnte der in beiderseitigem Interesse liegende Bau einer längs der Schwarzsee verlaufenden nahezu 7 Kilometer langen Straße vom Schluchsee talwärts gemeinsam in Angriff genommen werden.

Staatsanzeiger

Dem Badischen Neuenverein in Mannheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalfaktors bei den am 13., 16. und 20. Juli 1924 in Mannheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 11. Juli 1924.
Der Minister des Innern
Hemmelke

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:

Wachtmeister Ernst Weigelt in Mannheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister, die Notizenmeister Emil Keller und Emil Boos in Mannheim zu planmäßigen Polizeiwachmeistern, Zugwachmeister Hermann Ziefinger in Mannheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Versetzt:
Revisionsinspektor Konrad Breithaupt in Billingen zum Bezirksamt Offenburg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Ernannt:

der außerplanmäßige Hilfslehrer Ferdinand Pfeiffer am Staatstechnikum in Karlsruhe zum planmäßigen Professor daselbst.

Versetzten:
dem Privatdozenten Dr. S. Heisten an der Technischen Hochschule Karlsruhe die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Hochschule.

Ministerium der Finanzen
Ernannt:

Kanzleihilfswart Franz Mayer beim Finanzministerium zum Kanzleisekretär, die Finanzassistenten Stefan Wypfrich, Ludwig Sanel und Karl Jauerst, bei der Landesbankkasse zu Finanzsekretären, die Finanzsekretäre Eugen Giltner und Adolf Berthold bei der Landesbankkasse zu Finanzobersekretären, die Finanzobersekretäre Richard Ansmann bei der Staatsschuldenverwaltung und Heinrich Dörs bei der Landesbankkasse zu Finanzinspektoren.

Verkaufe ab Lager Karlsruhe
Zimmertüren
90x200 cm D.456
Zahlungsbedingungen nach Vereinbarung.
Sac. Wiegand, Baustischlerei
Sriederhoda i. Th.

Existenz!
General-Vertretung
Leistungsfähige Gummiwarenfabrik sucht geeignete Persönlichkeit zur Übernahme der Generalvertretung ihrer Fabrikate für den dortigen Bezirk gegen Fixum und Provision. Es wird nur auf einen Herrn reflektiert, dem an einer Dauerposition gelegen ist und der seine ganze Kraft hierfür einsetzt. Branchenkenntnisse sind nicht unbedingt erforderlich. Ausführliche Bewerbungsreiben erbeten unter D. 447 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Dr. C. Rosenbaums
Djavahna-Feminal-Essenz
ist unentbehrlich für die Gesundheit und Schönheitspflege der Frau. Sie ist bei Spülungen, die aus hygienischen Rücksichten jede Frau des öfteren ausführen sollte, ein Universalmittel. Zwei Eßlöffel dem Irrigator zugesetzt, erfrischt sie, beseitigt schlechten Geruch, Katarrh, verhilft Wundlauf etc. Flaschen in Größen von M. 3.—, 5.— und 10.—.
Wo nicht erhältlich direkt durch den
Cosmetischen Vertrieb Hans Rosenbaum
Berlin-Halensee, Nestorstraße 7
Telephon Umland 223. D.449

Bettfedern-Reinigungsmaschine
erhältlichkeit auf diesem Gebiet, täglicher Verdienst im Wandergewerbe bis 50 Mark, minimal gerechnet. Verkaufspreis Mark 300.—
D.457
Gegenhofer, Reichenau
Seefstraße 129.

F. A. Bretten. über das Vermögen des Kaufmanns Hugo Durlader von Murgheim wurde heute am 11. Juli 1924, nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Gerichtsbuchhalter a. D. Heib in Bretten ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Juli 1924 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem Amtsgericht Bretten zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, so-

garrenhaus Helene Krone in Karlsruhe angeordnete Geschäftsaufsicht wird auf längstens zwei Monate weiterhin angeordnet, nachdem ein Vergleichsvorschlag vom Schuldner eingereicht worden ist.

Geschäftsaufsichtsperson ist Gerichtsoberverwalter a. D. Eisenträger in Karlsruhe.

Karlsruhe, 11. Juli 1924.
Gerichtsbuchhalter
Vob. Amtsgerichts A 3.

F. A. Karlsruhe. über das Vermögen des Kaufmanns Carl Willi Vogt, Lebensmittel an groß, in Karlsruhe, Behlendorfstr. 32, wurde heute am 9. Juli 1924, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Moritz Seifert hier, Kreuzstr. 3, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. August 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 8. August 1924, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 4. September 1924, vormittags 11 Uhr, vor dem Badischen Amtsgericht Karlsruhe. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. August 1924 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 9. Juli 1924.
Gerichtsbuchhalter
Vob. Amtsgerichts A 4.

Neueinteilung der Rechtsbezirke im Amtsbezirk Konstanz.
Die neu angelegten Rechtsbezirke Rechtsbezirk V (Singen-Stadt) umfassend die Gemeinden Singen, Caufen a. d. A., Frieblingen, Goltmadingen Rechtsbezirk VI (Singen-Land) umfassend die Ge-

meinden Arien, Bietingen, Böhlingen, Büdingen, Gailingen, Randegg mit Murbach, Nelsingen, Oberlingen a. A., Worbödingen sind neu zu bezeichnen.

Verwerbungen sind innerhalb 4 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung unter Berücksichtigung der Vorschriften der §§ 6 und 7 der Kammergerichtsordnung hierher einzureichen.
Konstanz, 10. Juli 1924.
Vob. Bezirksamt.

Entengang-Verpachtung.
des Forstamts Rheinbischheim am Donnerstag, den 17. Juli 1924, ummittags 10 Uhr, im Dienstzimmer des Forstamts, Badstr. 12, Jahre vom 1. September 1924 ab. Pachtbedingungen liegen zur Einsicht täglich vorm. 1/8 bis 12 Uhr im Geschäftszimmer auf. Forstwart Rasch, Freitett erteilt näh. Auskunft.

Installationsarbeiten für den Dstfügel des neuen Beamtenwohngebäudes in Vörrach nach den vorläufigen Verbindungsbedingungen d. Reichsbahndirekt. i. Karlsruhe zu vergeben. Zeichnungen, Bedingnisheft u. Arbeitsbeschreibung b. d. Bahnmeisterei Vörrach zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsvorbrücke gegen Vorerstattung der Erstellungskosten. Angebote mit Aufschrift, verichlossen, postfrei, bis längstens Samstag, den 26. Juli 1924, vorm. 10 Uhr, bei der Bahnbauinspekt. Vörrach einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Vörrach, 8. Juli 1924.
Bahnbauinspektion. 623

Maier, Schreiner, Kollaben, Schlosser, Installations-, Gasleitung-, Terrazzo- und Tapezierarbeiten für ein Wohngebäude an der neuen Bahnhofsstraße hier öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingnisheft auf dem Dienstzimmer Nr. 33 der Hochbahnbauinspektion i. Karlsruhe 2. Etage neue Eilquithalle, dort Angebote zum Selbstkostenpreise erheben. Angebote verichlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Neubau Bahnhofsstraße“ versehen, spätestens bis Donnerstag, den 24. Juli 1924, vormittags 9 Uhr, an uns einzureichen. Den Angeboten ist Preisangabe beizugeben. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Karlsruhe, 12. Juli 1924.
Bahnbauinspektion I.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk), Karlsruhe i. Baden.
Bilanz per 31. März 1924.

Aktiva.	
Grundstücke	872 820 000 491 385.—
Gebäude	2 099 526 285 145 358.—
Betriebsanlagen	119 072 354 330 175 688.—
Im Bau befindliche Anlagen	1 958 687 690 020 970 485.—
Lagervorräte	89 672 778 202 306 013.—
Inventar, Apparate, Werkzeuge und Fahrzeuge	156 002 000.—
Beteiligungen	6 113 766 508 120 997.—
Effekten	1 302 460 000 000 000.—
Kasse	1 049 934 372 255 453 399.—
Guthaben einschl. bei Banken	2 746 662 240 460 237 158.—
Kontoforrent-Schuldner	156 002 000.—
Währungswertberichtigungs-konto	6 723 223 024 222 751 258
Abfchreibung	79 420 290 420 503 799
Vorausbezahlte Versicherungen	6 643 802 733 802 247 459.—
	2 304 620 000 000 000.—
	12 620 525 362 021 239 923.—

Anmerkung: Fremde
Kauttionen 12 704 400 000 803 896
Bürgschaften 16 393 780 048 140 950

Passiva.	
Aktienkapital	600 000 000.—
Anleihe I (Murgwert)	450 800 000.—
Anleihe II (Schluchsee)	646 713 000.—
Kohlenverleihanleihe 500 000,0 ts.	58 262,5 ts.
/. Eigenbestand	441 737,5 ts.
	9 431 095 625 000 000 000.—
	35 000 000.—
Staatsschuldenverwaltung	100 000 000 000 000 000
Anleiheinfonds-konto Kohlenverleihanleihe	120 035 500 000 000 000.—
+ nicht eingelöste Zins-scheine	20 035 500 000 000 000
Kontoforrent-Gläubiger	1 707 734 730 000 000 000.—
Meberbefonds	22 500 000.—
Erneuerungskonto	1 300 000 004 435 800 000.—
Verwaltungskonto	128 603 378.—
Übersteuerungskonto	61 659 500 701 823 545.—
	12 620 525 362 021 239 923.—

Anmerkung: Fremde
Kauttionen 12 704 400 000 803 896
Bürgschaften 16 393 780 048 140 950

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 1924.	
Soll.	
Betriebsausgaben einschl. Versicherungen und Fremdbrombezug	1 322 061 326 323 083 524.—
Verwaltungskosten und bezahlte Steuern	598 979 158 610 554 535.—
Steuer-Rücklage	520 000 000 000 000 000.—
Disagio aus Murgwertanleihe	11 220 000.—
/. Schluchseeanleihe	25 500 000.—
Kohlenverleihanleihe	4 082 441 509 477.—
Anleiheinfonds (Murgwertanleihe)	379 217.—
Abfchreibung von Inventar, Apparate, Werkzeuge und Fahrzeuge	53 823 153 738 546 024.—
Überweisung an Erneuerungskonto	1 300 000 000 000 000 000.—
Abfchreibung von Währungswertberichtigungskonto	79 420 290 420 503 799.—
	3 874 288 011 571 299 759.—

Saben.
Vortrag aus 1922/23 151 394 738.—
Stromerinnahmen 3 860 474 995 917 255 322.—
Zinsen und verschiedene Einnahmen 13 813 015 502 649 699.—
3 874 288 011 571 299 759.—

Karlsruhe, im Juli 1924.
Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk).
Der Vorstand:
O. Helmle. H. Zettweis. Dr. S. Bengler.

Druck G. Braun, Karlsruhe.